

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 11 (1970)
Heft: 23

Rubrik: Zusammenhänge

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zusammenhänge

Die sowjetische Herausforderung

Fast jeder Tag bringt dem näheren Betrachter der weltpolitischen Entwicklung Beweise dafür, wie stark der internationale Kommunismus in der Offensive ist. Die stürmische Entwicklung der Kommunikationsmittel hat einen Informationsstrom bewirkt, der sich über jeden Zeitgenossen ergießt und ihn in der Flut fast hoffnungslos ertrinken lässt. Doch weisen nur selten Schlagzeilen auf die weltweite Zuspitzung des Kampfes zwischen Demokratie und totalitärer Diktatur hin.

Kampflosung wird intensiviert

Die intensiviertete Losung Moskaus heisst «anti-imperialistischer Kampf». Dieser Kampf zielt in Wirklichkeit darauf ab, die Demokratien in eine Krise zu führen und die Freiheit des Einzelnen einzudämmen. Der neue Slogan wendet sich nicht nur an die Kommunisten in Ost und West, sondern soll denkbar breiteste Bevölkerungsteile, von Pfarrern bis zu Gewerkschaftern, und überhaupt alle «fortschrittlichen Kräfte» — ohne Berücksichtigung der ideologischen, religiösen oder politischen Meinungsunterschiede — mobilisieren. Zur Durchführung des antiimperialistischen Aktionsprogramms im Sinne der Beschlüsse der Moskauer Weltkonferenz der kommunistischen Parteien vom Juni 1969 traten in den vergangenen Monaten verschiedene kommunistische Kampforganisationen zu Beratungen und Kongressen zusammen:

- Internationaler Verband Demokratischer Juristen, Helsinki (15.—19.7.70), 350 Delegierte aus 55 Ländern;
- Konferenz von 45 kommunistischen Parteien über den antiimperialistischen Kampf, Budapest (28.—30.9.70);
- Christliche Friedenskonferenz, Budapest (29.9.—1.10.70);
- Internationaler Demokratischer Frauenverband, Budapest (5.—9.10.70), 260 Delegierte aus 91 Ländern;
- Weltgewerkschaftsbund, Moskau (13.10.70), Delegierte aus 50 Staaten;
- Weltfriedensrat, New Delhi (16.10.70), 100 Delegierte aus 50 Ländern;
- Weltbund der Demokratischen Jugend, Budapest (26.10.—4.11.70), 250 Delegierte aus 100 Staaten.

Das von allen kommunistischen Frontorganisationen einstimmig beschlossene einheitliche Programm sieht zahlreiche Kampfaktionen gegen die «reaktionären Kräfte» in allen Ländern vor. Diese Aktionen sollen abgestimmt sein und zu einer «mächtigen Bewegung» werden, um die sozialen Grundlagen der demokratischen Welt erschüttern zu können. Die neue weltweite Kampagne — ein Instrument der psychologischen Kriegführung — soll eine «antiimperialistische Einheitsfront» unter der Leitung der kommunistischen Parteien errichten und den ideologischen Klassenkampf in der internationalen Arena verschärfen. Sie soll

plangemäss «die unaufhaltsame Kraft und die eherne Wahrheit der Gesetzmässigkeit» demonstrieren, dass wir in einer Epoche des Unterganges der Demokratie und des Sieges des Sowjetsozialismus leben. Sie soll auf die leninistische Grundfrage unserer Zeit, «Wer — wen?», Antwort geben. Sie soll belegen, dass der revolutionäre Prozess gemäss den Beschlüssen des Moskauer Kongresses vom Juni 1969 erfolgreich voranschreitet. Diese Kampagne soll ausdrücklich den letzten Abschnitt auf dem Weg zum Kommunismus freikämpfen und sichern. «Die Bestie ist angeschlagen, aber gefährlich» — lautete die Diagnose des «Neuen Deutschland» am 13. Oktober 1970. «Dieses Gangstersyndikat» — gemeint ist der Westen — «scheut kein riskantes Verbrechen, um sein Ende hinauszuschieben.» Die «Sowjetskaja Rossija» (28.8.70) setzt diese blumige Sprache in würdiger Weise fort: «Es wäre ein grosser und gefährlicher Irrtum, auf ein automatisches Zusammenbrechen des Kapitalismus zu hoffen. Die Wirklichkeit ist heute so, dass der Imperialismus einem starken und rasenden, aber nicht mehr unverwundeten Tier gleicht, das sich im Kampf gegen die neue Ordnung bereits einige Zähne ausgebissen hat, aber noch unermessliches Elend und Leid über die Menschheit bringen kann.»

Friedliche Koexistenz . . .

Auf ihre Art beweisen diese Schlachtrufe, dass hier von allen Teilnehmern ein klassenkämpferisches Herangehen an alle internationalen Fragen verlangt wird, denn wie «Meschdunarodnaja Schisn» (11/70) schreibt, kann «nur durch das Prisma dieses entscheidenden Elements den konkreten internationalen Geschehnissen und Zielen eine Bewertung» zuteil werden. Eine andere Betrachtungsweise würde zu falschen Konsequenzen führen. Der angekündigte forcierte ideologische Klassenkampf lässt sich in dieser Sicht sowohl mit der Entspannung als auch mit der friedlichen Koexistenz gut verbinden. Die Politik der friedlichen Koexistenz ist ja «eine spezifische Form des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus» und hat mit Klassenfrieden nichts gemein. Friedliche Koexistenz mit dem Westen bedeutet nicht ideologische Koexistenz, schon gar nicht Annäherung oder Angleichung der Systeme. Es handelt sich dabei stets um einen Teil oder eine Form des Klassenkampfes. Eine Annäherung beider Systeme, selbst ihre theoretische Erwägung — die These von der Konvergenz —, ist Hauptangriffsobjekt der sowjetischen Propaganda. Das blosses Andeuten einer möglichen Angleichung wird als ideologische Diversion eingestuft und als Taktik des «ideologischen Brückenschlages» oder der «Aufweichung» in Verruf gebracht. Jede defensive Massnahme gegen die kommunistische Expansion wird in dieser Sicht als Provokation gegen das gesamte Weltsystem Moskaus angesehen und verurteilt. Aus diesem Grunde wird laut diesem Sprachgebrauch konsequent von «aggressiver NATO» und «friedlichem Warschauer Pakt» gesprochen.

. . . nur fürs Geschäft

Duldung wird allein dort für angebracht gehalten, wo es um Mammutgeschäfte mit dem Westen, um Milliardenkredite zum Aufbau des Kommunismus, um technologisches Know-how oder um strategisch wichtige Güter geht. Solche Leistungen des Westens werden aber keineswegs mit dem Verzicht auf die Forderung nach Vernichtung des Geschäftspartners «Kapitalismus» belohnt. Der bekannte sowjetische Jurist Professor G. Tunkin nahm in seinem «Prawda»-Artikel vom 9. Oktober 1970 kein Blatt vor den Mund, als er das Wesen des Leninischen Prinzips der friedlichen Koexistenz gerade damit charakterisierte, dass sie in den zwischenstaatlichen Beziehungen keineswegs einen Verzicht auf den Klassenkampf innerhalb der kapitalistischen Staaten oder auf den sogenannten Befreiungskampf bedeute. «Revolutionäre Gewalt ist» — nach Völkerrechtler Tunkin — «heiliges Recht.» Tunkin, als Waffenträger der Sowjetideologie, betrachtet die friedliche Koexistenz als das Mittel, mit dem in den nächsten Klassenschlachten das demokratische Gesellschaftssystem endgültig liquidiert werden kann, wonach dann endlich die ganze Welt in den Genuss des sowjetischen Grundmodells käme.

Die Parteizeitschrift «Kommunist» (14/70) feiert bereits die Epoche des Uebergangs immer neuer Völker auf den Weg des Kreml-Sozialismus, die Epoche auch des Triumphs von Sozialismus und Kommunismus im Weltmassstab. «Kommunist» richtet seine Angriffe nicht nur, wie bisher, gegen die erklärte «Hauptkraft des Imperialismus, den US-Imperialismus», sondern gegen das «kapitalistische Weltsystem» überhaupt, das als für die Revolution reif erklärt wird. So wird der «antiimperialistische Kampf» nicht mehr nur gegen einzelne Nationen, sondern gegen den Westen gesamthaft geführt, gegen die freie Welt, die nun in «unserer Epoche» endgültig untergehen soll.

Die Schweiz wird von diesen Kräften als in Krisenzeiten nicht mehr neutral angesehen.

Bereits 1964 führte der ungarische Militär-experte György Szántó in seinem Werk über die europäischen Kriegsschauplätze die schweizerische Neutralität stets in Anführungszeichen auf. Im August 1968 erklärte die DDR-Zeitschrift «Militärtechnik» schön deutlicher: «Seit dieser Zeit (Zweiter Weltkrieg; Anm.) nämlich setzt sich auch bei den Eidgenossen die Erkenntnis durch, dass ein zukünftiger Krieg in Europa, als Klassenkrieg zwischen den beiden Weltsystemen, „Neutralität“ im bisherigen Sinne ausschliessen würde.»

Zur Vernichtung der bestehenden demokratischen Staatsordnungen sind nicht nur die «drei Ströme des weltweiten revolutionären Prozesses» (Moskaus Weltsystem, die internationale kommunistische Bewegung und die nationale Befreiungsbewegung) aufgerufen, sondern die gesamte Menschheit «mit Ausnahme der Beherrscher der Mammutmonopole und des Militärlügelns» — wie es im Programm der KPdSU heisst. Am Vorabend des 53. Jahres-

tages der Oktoberrevolution, am 6. November 1970, bezeichnete Suslow den «antiimperialistischen Kampf» als die Hauptaufgabe aller marxistisch-leninistischen Parteien, die im Mittelpunkt des Interesses der KPdSU stehe. Marschall Gretscho versprach anlässlich der Festparade vor Partei und Volk Wachsamkeit gegen die «Machenschaften des Imperialismus», die eine weitere Stärkung der Sowjetarmee verlangen.

Mehr Selbstbehauptungswillen als der Westen: Jugoslawien

Die KPdSU, die sich gern als Führerin und Initiatorin des antiimperialistischen Kampfes ausgibt, steht allerdings selbst in kommunistischen Kreisen nicht als unumstrittener Feldherr der neuen Weltkampagne da. Die Fragwürdigkeit der neuen Aktion wurde gerade an der Budapester Konferenz der 45 kommunistischen Parteien über den antiimperialistischen Kampf in aller Schärfe dargestellt. Der Vertreter des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, Drago Kunc, erklärte an der Beratung — deren Referate streng geheimgehalten werden —, dass heute die Methoden der Unterwerfung von Völkern recht vielfältig seien. Aggression werde sogar unter dem Deckmantel des Fortschritts begangen. Die Bestrebungen zur Ergreifung der Alleinherrschaft in internationalen Angelegenheiten sowie die Theorie von Führungszentrum und Verbündeten trenne die Kommunisten von anderen, nichtkommunistischen Teilnehmern des Kampfes und sogar untereinander. Eine Zusammenarbeit sei nur auf der Grundlage der Gleichberechtigung, Freiwilligkeit und Achtung der Ansichten der Andersdenkenden vorstellbar. Auch müsse die Souveränität eines je-

den Staates geachtet werden. Schliesslich solle jeder Partei und jeder Bewegung totale Unabhängigkeit in der Gestaltung ihrer Politik zugesprochen werden. Eine Zusammenarbeit könne — nach Kunc — keineswegs auf untergeordnete und übergeordnete Parteien, Gruppen und Bewegungen gebaut werden; vielmehr müsse allen Teilnehmern unabhängig von ihrer Weltanschauung oder Parteistellung die volle Gleichheit gewährt werden.

Die Stellungnahme der jugoslawischen KP enthält nicht nur einen Punkt, in dem sie den sowjetischen Vorstellungen vom «antiimperialistischen Kampf» total widerspricht. Sie lässt sogar die Frage offen, ob Drago Kunc nicht gerade auch die Sowjetunion als eine der imperialistischen Mächte gemeint hat, die diese Prinzipien — die übrigens dem Völkerrecht entnommen sind — bisher stets verneint. Ebenfalls ein jugoslawischer Kommunist, Ranko Petkovic, findet das sowjetische Schema zur Qualifizierung der Staaten der Welt — danach sind die von kommunistischen Parteien regierten fortschrittlich und friedliebend, die von bourgeoisen Parteien regierten jedoch reaktionär und kriegsfreundlich — als recht vereinfachend und irreführend. Petkovic ist der Ansicht, dass weder alle bourgeoisen Staaten sich gleich verhalten, noch alle kommunistisch regierten Staaten so handeln, wie sie es nach den Visionen der Klassiker des Marxismus tun sollten. Die tatsächliche Situation ist seines Erachtens viel komplizierter: «...leider oder glücklicherweise ist in dieser Sphäre kein absoluter Automatismus vorhanden; glücklicherweise deshalb, weil von vielen bourgeoisen Staaten anstandslos gesagt werden kann, dass sie friedlich sind; leider deshalb, weil wir Gelegenheit hatten, uns davon zu überzeugen, dass die An-

wendung der rohen Gewalt und Pressuren selbst unter den sozialistischen Ländern nicht ausgeschlossen ist.» (Internationale Politik, 20.7.70.)

Globales Gleichgewicht? Das war einmal!

Die in Ost und West konstatierte Zunahme der Spannungen in der Welt (Verlegung sowjetischer Raketenbasen am Suezkanal, Ausbau atomarer Flottenstützpunkte in Kuba, Hemmung einer Besserung des Berlin-Status, das ideologische Eindringen in Nordafrika, die Aktivitäten der Sowjetflotte auf allen Weltmeeren und nicht zuletzt die Frage der 700 auf Europa gerichteten sowjetischen Mittelstreckenraketen, die aus den SALT-Gesprächen ausgeklammert werden musste) legt den Schluss nahe, dass es sich hier um eine weltweite sowjetische Strategie handelt. Sie lässt das Gleichgewicht der Kräfte ins Wanken geraten. Die Entspannungsverhandlungen, auf die sich die Sowjetunion eingelassen hat, der «antiimperialistische Kampf» und die offensiven Ziele der jüngsten Manöver der Warschauer-Pakt-Staaten in der DDR bilden offensichtlich eine dialektische Einheit: verschiedene Methoden für ein einziges Ziel.

✱

Die sowjetische Herausforderung macht deutlich, wie strikt eine auf weltweite Entspannung angelegte westliche Aussenpolitik mit Unnachgiebigkeit gegenüber ideologischen Diversionen gepaart werden muss. Die Bemühungen um die Erhaltung des Friedens dürfen nicht vergessen machen, dass die Sowjetunion so oder so, jedenfalls aber mit einer sehr bemerkenswerten Konsequenz auf den Umsturz der westlichen demokratischen Gesellschaftsordnungen hin arbeitet.

Michael Csizmas

Der Kommentar

(Fortsetzung von Seite 1)

tionellen, die persönlich bereit sind, alles zu erleiden, was ihnen das Regime antun kann, damit nur ihr Zeugnis vernommen wird. Für einen Mann mit angeschlagener Gesundheit sind drei Jahre Lager «unter erschwerten Bedingungen» eine Frage des schieren Ueberlebens. Er hat dem Sowjetsystem mit kühlen Argumenten eine Lebenserwartung von ungefähr einem Viereljahrhundert diagnostiziert. Er kann nicht umhin, zu wissen, dass seine eigene Lebenserwartung als Oppositioneller in der UdSSR ganz beträchtlich darunter liegt. Wie immer es mit der Leidenschaftslosigkeit seiner Ansichten bestellt sein mag, seine Haltung hat die Leidenschaftlichkeit dessen, der um jeden Preis etwas zu sagen hat. Und hier trifft er sich mit all jenen, die die auch in der Form leidenschaftlich mit Schilderungen, Aufrufen und Bittschriften an jede ihnen nur erreichbare Öffentlichkeit zu gelangen suchen, um ihre Auflehnung gegen die Unterdrückung der Menschenrechte in der Sowjetunion kund zu tun. Wobei ihnen freilich die sowjetische Öffentlichkeit unerreichtbar ist, die westliche Öffentlichkeit aber nur flüchtig erreichbar, nicht gewillt jedenfalls, sich der Sache der Unterdrückten so anzunehmen, dass sie gegen die Unterdrücker auftritt. Jedenfalls wenn diese Unterdrücker sowjetische Machthaber sind. Sonst jeweils schon.

Andrej Amalrik sagt dem Sowjetsystem den Tod voraus auf Grund zweier verschiedener Erscheinungen, die einander freilich ergänzen: einerseits die bösartige Alterserstarrung nach innen, bei der die Macht kein anderes Ziel als die Selbsterhaltung hat, andererseits die steigende Expansion nach aussen, da das Regime mangels innerer Zielsetzung seine Macht durch ein verschärftes äusseres Feindbild behaupten muss und laufend seine Aggressivität steigert. Der gegenwärtige imperialistische Ausdehnungspro-



Andrej Amalrik

zess der Sowjetunion ist laut Amalrik ein Korrelat der Systemsvergeissung in internen Belangen.

Die Expansion des Sowjetsystems als Zeichen seines Verfalls! Wie tröstlich ist das für uns, die den Verfall des Sowjetsystems als die grösste und mächtigste zeitgenössische Form der Unterdrückung zu begrüssen haben? Nicht sehr. Denn wenn wir selbst erst die Opfer dieses Systems werden müssen, damit es dem schicksalhaften Zwang seiner Auflösung erliegt, werden wir den Preis noch zuvor zu entrichten haben. Und es scheint, dass wir uns tatsächlich zum Opfergang anschicken. Aus nichtsahnender Unbekümmertheit vielleicht, und vielleicht noch mehr aus ahnender Gefügigkeit. In seine Rechnung von fünfundzwanzig Jahren setzt Amalrik einen Westen ein, der sich der sowjetischen Expansion grundsätzlich doch erwehren will; wenn aber diese Grösse falsch eingesetzt ist, wird die Frist der Sowjetunion wohl noch länger dauern. Mit Amalrik hat der Westen die Eigenheit gemeinsam, dass seine eigene Lebenserwartung geringer ist als die Lebenserwartung der Sowjetunion. Falls man die Wehrlosigkeit gegenüber der sowjetischen Machtausübung voraussetzt. Bei Amalrik ist sie erzwungen. Aber er verweigert dem Regime jegliche Kollaboration, Anpassung und Unterwürfigkeit. Bei uns ist die Wehrlosigkeit nicht erzwungen. Aber wir bringen keinen Willen auf, uns den sowjetischen Machthabern zu widersetzen. cb